

erschien ebenfalls erstmalig. Zahlreiche deutsche Monatsblätter: „Der Weltspiegel“, „Wochenblatt“, „Zeitung für die Arbeiter“, „U.M.K.“, „Das Volk“, „Der Arbeiter“, „Morgenblatt“, „Morgenblatt für die Arbeiter“, „Morgenblatt für die Arbeiter“, „Morgenblatt für die Arbeiter“.



Verleger: Rudolf Wolff in Berlin. Druck und Verlag: Rudolf Wolff in Berlin. Einzelnummer 20 Goldpfennig.

# Berliner Tageblatt

Nr. 504 und Handels-Zeitung 53. Jahrgang Ausgabe für Berlin Donnerstag, 23. Oktober 1924

## Ebert an die befreiten Gebiete.

**Der Dank der Reichsregierung.**  
Der Reichspräsident hat aus Anlaß der Klärung des Gebiets von Dortmund und Herde an die Oberpräsidenten der Provinz Westfalen nachfolgendes Telegramm geschickt: „Der Bevölkerung der nimmend von fremder Besetzung befreiten Gebiete der Provinz Westfalen übermittle ich namens des Reiches herzlichste Grüße. Mit dem ganzen deutschen Volk gedanke ich heute in höchster Anerkennung und mit aufrichtigem Danke der festen und würdigen Haltung unserer Landesleute, die auch unter härtestem Druck und unter schwersten Opfern dem Vaterlande die Treue gelehrt haben. Möge für das nimmend befreite Gebiet eine Zeit ruhiger Erholung und geistlicher Entwicklung folgen, und möge auch das noch besetzten Gebieten unseres Landes bald die Stunde der Freiheit kommen.“

dankebarer Anerkennung ihrer treuen und festen Haltung während der Zeit der Besetzung begrüßt.  
**Der Glückwunsch der preussischen Regierung.**  
Wie der „Antliche preussische Pressedienst“ mitteilt, hat der preussische Ministerpräsident namens der preussischen Staatsregierung an die Oberpräsidenten in Münster und Koblenz und die Regierungspräsidenten in Aachen, Düsseldorf, Köln und Wiesbaden Telegramme folgenden Inhalts geschickt: „Die preussische Staatsregierung gratuliert zum heutigen Tage die von der militärischen Besetzung frei gewordenen Westfalen- und Rheinprovinz sowie der Rheinprovinz freudig und herzlich. In der langer, schwerer Zeit für Reich und Staat gebrachten Opfer, welche die Bevölkerung mit vorbildlicher Standhaftigkeit und Treue auf sich genommen hat, sichern wir dort nach besten Kräften in die Tat umgehenden Dank des ganzen Volkes. Möge die heute vollkommene Befreiung nimmend in nahest Zeit auch den noch besetzten Gebieten zukommen.“

## Die Voraussetzung des Achtstundentags.

von Lujo Brentano.  
In meiner Rede über den Achtstundentag auf dem internationalen Kongress für Sozialpolitik in Prag, am 2. Oktober (siehe „Berliner Tageblatt“, Morgenausgabe vom 4. Oktober) habe ich auf den bemerkenswerten Unterschied aufmerksam gemacht, der zwischen den deutschen und nichtdeutschen Arbeitervertretern in der Behandlung der Arbeitszeitsfrage besteht. Die nichtdeutschen Arbeitervertreter betrachten die Verkürzung des Arbeitstages ausschließlich vom Standpunkte des sozialen Fortschritts; wirtschaftlich sehen sie darin eine Einschränkung der Produktion. Die deutschen erblicken in ihr außer dem sozialen Fortschritt die Ermöglichung und den Anreiz zur Steigerung der Produktion. Sie erst ermöglichen die zur Steigerung der Produktion nötige Steigerung der Arbeitsintensität oder zwingen, wo eine solche durch die Natur der Dinge ausgeschlossen sei, zu Fortschritten in der Technik und zur ökonomischen Organisation der Betriebe, um den durch Verringerung der Stundenzahl bewirkten Ausfall in der Produktion gut zu machen. Daß dieser Gegensatz in der Behandlung der Arbeitszeitsfrage zwischen Deutschland und dem Ausland besteht, geht nicht nur aus den Ausführungen von Seipart und Umbreit im sozialpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats und der in meiner Rede wiedergegebenen Stelle aus dem Artikel von Albert Thomas in der „Revue de Paris“ und in den Meinungen der französischen Arbeitervertreter in der diesjährigen Versammlung des Internationalen Arbeitsamts in Genf hervor, es hat dies auch der in Prag nach mir sprechende Franzose bestätigt, als er — ich zitiere nach der „Arbeiter-Zeitung“ Nr. 273, Morgenausgabe vom 3. Oktober — mit Donnerstimme in den Saal schrie: „Wir können auf keinen Fall den Grundsatze zustimmen, daß der Arbeiter in acht Stunden so viel leisten muß, wie in zehn Stunden.“

## Demokratischer Parteitag am 2. November

**Eine große Kundgebung in Berlin.**  
Ein Aufruf des Parteivorstandes.  
Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei erklärt folgenden Aufruf: „Die Gegner der deutschen Demokratie glauben frohlocken zu können, weil im Zusammenhang mit den politischen Entscheidungen dieser Tage einige Abänderungen in der Demokratischen Partei stattgefunden haben. Wir wollen zeigen, daß die deutsche Demokratie nicht tot ist, sondern lebendig wirkt und schafft, erfüllt von dem Willen, die demokratische Idee zu einer Wahrheit unseres sozialökonomischen Lebens zu machen. Die Demokratie ist stärker als je. Deshalb berufen wir hiermit einen außerordentlichen Reichsparteitag am Sonntag, den 2. November dieses Jahres, nach Berlin ein. In einer wichtigen Kundgebung wollen wir zeigen, daß die Demokratische Partei einig, geschlossen und siegesicher ist. Die Kundgebung wird in folgendem Rahmen stattfinden: Sonnabend, den 1. November, abends: Empfangsabend. Sonntag, den 2. November, vormittags: außerordentlicher Reichsparteitag, nachmittags 5 Uhr: öffentliche Massenkundgebung in künstlerischer Umrahmung. Grundthema: „Deutscher Geist — demokratischer Wille“. Näheres wird noch mitgeteilt. Demotoren, wir erwarten Massenzug aus ganz Deutschland.“

**Wahlkampf und Deutsche Volkspartei.**  
Die „Zeit“ gegen die „unbrüderliche“ Bruderpartei.  
Es war vorauszufragen, welchen „Erfolg“ die gloriose „Taktik“ der Herren Scholz und Curtius bei den Deutschen Nationalen haben würde. Ihrer ganzen Art nach mußten sie nach der ganzen Hand greifen, nachdem man ihnen nicht nur den kleinen, sondern gleich mehrere Finger gereicht hatte. Das heißt, daß man rechts von der Deutschen Volkspartei fest und bestimmt erwartete, sie werde gegenüber der „Bruderpartei“ im Wahlkampf alle Toleranz üben, selbst aber in Eigenbesitz alle Schläge hinhinnehmen, die man ihr im Interesse der nationalen „Belange“ verfehen würde. Die Deutschen Nationalen haben denn auch keine Bedenken getragen, der Deutschen Volkspartei diese Rolle sofort zu verdeutlichen, denn der von ihnen geforderte öffentliche Wahlkampf sprach eine sehr klare Sprache. Eine so klare, daß man volksparteilichereits unwirlich Auffklärung verlangte. Die deutschnationale Pressestelle hat darauf der Deutschen Volkspartei in zwei Zeilen ihre Lokalität bezeugt. Das war alles, aber der Volkspartei nicht genug. Die „Zeit“ schreibt: „Die Deutsche Volkspartei hat Besanconfang genommen, sich mit ihrer gewöhnlichen Behauptung gegen die Nationalen dieses Aufrufes zu wenden, die sich auf sie beziehen, und wir dürfen wohl erwarten, daß eine Nichtabgabe des Entwurfs nach dieser Richtung erfolgen wird, nachdem sie durch ein Nebenblatt am Dienstag angekündigt worden ist. Aber die Zeit, wie die den Deutschen Nationalen gesprochenen Versprechungen behandelt werden, ist nicht beiseite, was uns an dem Aufrufe am wenigsten gefällt. Der ganze Aufruf steht in vollem Gegensatz zu der Politik, die die deutschnationale Partei und Herr Herzig gerade in den letzten Wochen getrieben haben. Versehen wir uns recht, und wir sind mehr als autoritär, daß in dem Aufrufe der Kampf gegen die Unbrüderlichkeit als Ziel des Wahlkampfes hingestellt wird. Das alles erschwert die Durchführung der Ideen, um bezweckend der Kampf der letzten Wochen gegangen ist. Dabei braucht nicht erst betont zu werden, daß die Deutsche Volkspartei als liberale Partei besonders mit dem Gedanken der Religionsfreiheit und der Religion nicht zu tun hat. Wir hoffen, daß die offizielle Parteistellung Veranlassung nehmen wird, in ihrem Aufrufe das Entgegen zu betonen, als das Trennende.“

**Kundgebung der demokratischen Studenten.**  
„Enge Verbindung mit der Demokratischen Partei.“  
Wir erhalten folgende Zuschrift: „Ohne zur Politik der Demokratischen Partei in den letzten Monaten hiermit Stellung zu nehmen, nimmt der Reichsbund demokratischer Studenten Veranlassung zu folgender Erklärung: Die demokratische Studentenschaft hält an ihrer engen Verbindung mit der Partei fest. Sie hält es für ihre Pflicht, ihre Kräfte der Partei insbesondere für den kommenden Wahlkampf nutzbar zu machen. Der Reichsbund demokratischer Studenten wehrt sich in dieser Erklärung auf Grund einer einstimmigen Entscheidung des Vertretertages vom 17. bis 19. Oktober 1924 mit allen seinen im Reich bestehenden Gruppen einig.“

Die Deutsche Volkspartei hat demnach immerhin doch Bedenken, den ihr mit spätlicher Liebesgeheimnis angebotenen Platz im Anhangengebäude einzunehmen. Verwunderlich ist nur, daß sie sich überhaupt wundert, und überhaupt mutet es an, daß die „Zeit“ es trotz ihrer Entrüstung, trotz ihrer durchaus richtigen Beweisführung unterläßt, die sich aufdringenden Schlußfolgerungen zu ziehen, und statt dessen als lächerlich bereits im Anfangsbogen — nur schickten um einen neuen deutschnationalen Wahlkampf petitioniert. Da wir so sie aber vergeblich warten!

Wenn dies der Fall ist und Jouxhau gleichwohl, und zwar mit Recht, fürchtet, daß eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der deutschen Arbeiter zur Verschärfung der Arbeitsbedingungen auch in den Konfurrenzländern Deutschlands führen werde, wäre kein Anlaß gewesen, daß er und ebenso die Belgier Mertens und Wauters mit solcher Wut über meine Schlußfolgerungen herfielen; sie hätten mir zustimmen müssen, als ich meine Ausführungen mit der Aufforderung an die nichtdeutschen Arbeiter schloß, bei ihren Regierungen vorzulegen zu werden, Deutschland von den ihm auferlegten Milliardenzahlungen zu befreien. Denn so weit im übrigen die deutschen Arbeiter und Arbeitgeber auseinandergehen, in dem Punkte sind sie einig, daß Deutschland nur durch Steigerung seiner Produktivität den durch das Londoner Abkommen ihm auferlegten Verpflichtungen nachkommen kann. Will man nicht zulassen, daß in acht Stunden ebensoviel geleistet wird wie in neun oder zehn, so scheint die Verhängung von Sanktionen über Deutschland, wenn es die von ihm geforderten 2½ Milliarden Goldmark nicht zahlt, unvermeidlich. Eine Steigerung der Produktivität aber kann nur stattfinden, sei es durch Verbesserungen in der angewandten Technik oder der ökonomischen Betriebsorganisation, sei es durch erhöhte Arbeitsintensität, welche letztere nur bei Verkürzung des Arbeitsbause möglich ist. Verbesserungen in der angewandten Technik und Betriebsorganisation setzen aber vermehrten Kapitalaufwand voraus. Ich habe in meiner Rede hervorgehoben, daß vor der Ruhrbesetzung große Kapitalanlagen zum Zweck von Betriebsverbesserungen in Deutschland stattgefunden haben; aber infolge der die volkrechtswidrige Ruhrbesetzung begleitenden Inflation sei Deutschland bekannt; bei dem heute in Deutschland herrschenden exorbitanten Zinsfuß sei die Steigerung der Produktivität durch Mehrverwendung von Kapital in die Betriebe ausgeschlossen. Daher ist auch das Londoner Abkommen mit der Washingtoner Beschlüssen, welche den Achtstundentag allen Völkern gleichmäßig auferlegen möchten, für unvereinbar erklärt habe. Die anwesenden Deutschen, Deutscher, Schweizer, Holländer haben, wie die Zeitungen verzeichnen, mir hitzige Weisung gefüllt. Nur Professor Grünberg hat mir widersprochen. Nicht als ob er den Deutschen einen Weg gezeigt hätte, um zu dem zu einer Verbesserung in der Technik oder ökonomischen Organisation der Betriebe nötigen Kapital zu gelangen. Er hat mir lediglich eine Duelle (aber ohne confitures) vorgelegt, die mit Eisen hergestellert war, die ich selbst vor Deszennien gefasst habe. Er hat mich nämlich einbringlich belehrt, daß ohne Verkürzung der Arbeitsbause keine Steigerung der Arbeitsintensität möglich sei, und im Interesse der letzteren den Achtstundentag verlangt, worauf Jouxhau eigentlich auch gegen ihn hätte losbrüllen müssen. Aber Grünberg hat ganz außer acht gelassen, daß es, wie auch Dr. Wolf in Stuttgart, der in seinen großen Betrieben schon 1904 den Achtstundentag eingeführt hat, im Reichsbund der Arbeiterzeitung heißt, die unentbehrliche Voraussetzung der Steigerung der Arbeitsintensität bei Verkürzung der Arbeitszeit ist, daß nämlich im Arbeiter ein persönliches